

■ KEIN MINARETT



■ KEIN MUEZZIN
■ KEINE SCHARIA

02.02.2012

Mit Geld aus Muslim-Staaten

Eine Super-Moschee wollen sie in Bern bauen. Und ein eigenes Muslim-Fernsehen soll hier entstehen. Beides mit Geld aus dem Nahen Osten. Und Kuwait und Katar sollen ihnen eine Volksinitiative finanzieren – zwecks Eliminierung des in der Schweiz von Volk und Ständen beschlossenen Minarett-Verbots.

Die Rede ist von den Fanatismus schürenden (und sich ein schönes Leben auf Kosten anderer leistenden) Exponenten des **Islamischen Zentralrats der Schweiz**, also den Islam-Konvertiten **Nicolas Blancho** und **Qaasim Illi**. Ganze Couverts voller Banknoten hätten sie aus Kuwait abholen können zur Finanzierung ihrer politischen Eskapaden hier in der Schweiz. Das sagt einer, der von den selbstherrlichen Erlauchten dieses Zentralrats verstossen worden ist («SonntagsZeitung», 29.01.2012).

Eskapaden

Die grossmäuligen Herrscher über diesen Islamischen Zentralrat finden offensichtlich auch Gefallen an der **Vielweiberei**. Vor Monaten prahlten sie noch, wie sie sich – ohne formelle Ziviltrauung – von einem Imam nach Koran-Lehre hätten trauen lassen – wobei eine der Frauen offenbar minderjährig war. Dieser Frauen sind sie inzwischen überdrüssig – eine habe sich im unruhigen Kairo mit der Erziehung der Kinder herumzuschlagen. Derweil haben sich ihre hehren Gatten hier **neue Liebchen** zugelegt – was, wie diese sagen, vom Koran gestattet sei...

Wo bleiben die Behörden?

Lassen die hiesigen Behörden diesem seltsamen, in der Schweiz klar **gesetzwidrigen Treiben** einfach freien Lauf? Wird gegen solche Vielweiberei nicht eingeschritten? Und eine weitere Frage wartet auf Antwort: Wer kommt auf für die offenbar verstossenen Frauen und Kinder dieser Muslim-Konvertiten des Islamischen Zentralrats? Fliessen

dafür **Fürsorgezahlungen**, während die Herren Exponenten des Zentralrats in Nahost Geld für ihre Polit-Eskapaden scheffeln? Dazu wartet die Öffentlichkeit auf klare Antwort!

Ist der Bundesrat in jenen **Ländern** vorstellig geworden, die offenbar politische Aktionen in der Schweiz zu finanzieren bereit sind zur Beseitigung eines demokratisch getroffenen Entscheids von Volk und Ständen? Das wäre unzulässige **Einmischung in die inneren Angelegenheiten** der Schweiz! Und wenn mit Nahost-Geldern Moscheen als imposante Machtsymbole gebaut werden sollen, wäre es auch **Störung des religiösen Friedens!** Glaubt Bern, solche Ansinnen schweigend hinnehmen zu können?

Jene von den Schweizer-Islam-Konvertiten um Geld für einen **Islamischen TV-Sender** angegangenen Regimes finanzieren zum Teil auch den Sender Al Jazeera. Dieser hat schon eigentliche Hinrichtungen unschuldiger christlicher Geiseln durch fanatische Islamisten live übertragen – eine **Menschenrechts-Verletzung**, wie es eine schlimmere kaum geben kann. Will der Bundesrat zulassen, dass aus gleicher Quelle auch ein Muslim-Sender in der Schweiz finanziert wird?

Dialog und Aufruf

Allerdings: Völlig untätig bleibt der Bundesrat nicht. Er hat nach dem für ihn überraschenden Ausgang der Minarettverbots-Abstimmung den **«Dialog»** aufgenommen mit islamischen Organisationen. Und als Dialog-Ergebnis einen Aufruf erlassen: **«Muslime, werdet Beamte!»** («Sonntag», 15.01.2012). Man kann sicher sein: Die Islam-Scharfmacher, die unsere Demokratie kippen und das christliche Fundament der Schweiz möglichst zerstören wollen, werden sich kaum zweimal bitten lassen und sich die Vorteile, in der Schweiz als Beamte wirken zu können, zu sichern wissen. Vor allem dann, wenn Bern schläft.

Ulrich Schliuer